

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Weltstr. 54
und die Post
durch Subscriptions- und
Verkaufsstellen zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
jährlich M. 10.00.
Postamtliche Nr. 7544.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Subscriptiongebühren
Lehrtage für die einjährige
Beilage oder deren Hälfte
20 Pfennige, für Viertel- und
Drittelsjahres-Beilagen
10 Pfennige.
Spenden für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Freitag, den 14. Februar 1896.

7. Jahrgang.

Großcapitalistische Freiheitskämpfer.

Nein, wer hätte das gedacht, daß die Freiheit noch so warme Freunde im großcapitalistischen Bürgerthum hat, daß eine anfängliche Gruppe von Notabeln des mobilen Befehes in kräftigen, scharfen Accenten gegen jede Verhinderung der freien Bewegung durch die staatliche Bevormundung protestirt und gegen die gouvemenentale Zwangsjacke eifert! Und neben der Freiheit wurde auch die Fahne der Gerechtigkeit geschwenkt: „Keine Bevorzugung, aber Gerechtigkeit!“ hieß es. Und sogar die Moral ward gefeiert, ein Redner beklammerte mit Salbung die Desillusionirten des altösterreichischen Spruchs, der längst nicht mehr ernst ge- wird: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu!“ und die Versammlung spendete stürmischen Beifall.

Aus was für Personen die Versammlung sich recrutirte? Aus leibhaftigen Priestern, ja Hohenpriestern Werturs, auf gut Prosa: aus Großkaufleuten, Großbankiers, Großindustriellen, aus Delegirten der Handelskammern deutscher Großstädte: Hamburg, Frankfurt a. M., München, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Stettin, Breslau, Danzig, Königsberg, Stuttgart, Lübeck u. s. w., aus geheimen und öffentlichen Commerzienräthen, Stadt-, Verwaltungs- und anderen Räten.

Es klingt wie ein Märchen und es ist dennoch wahr, zum Kampf für die Freiheit haben sie sich vereint, manhaft aufgeführt haben sie sich gegen die Freiheitsbeschränkung — ei wessen denn wohl? — etwa der Presse? des Vereins- und Versammlungsrechts? des Coalitionsrechts der Arbeiter? — Ach nicht doch, sondern — der Börse. Das Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft hat, jüngst die Herren in den Fondsaal der Berliner Börsen zusammengetrommelt, um gegen das die Freiheit der Börse bedrohende Börsengesetz Stellung zu nehmen und daneben den blanken Ehrenschild des kaufmännischen und industriellen Börsercapitalismus in der Sonne glitzern zu lassen und die Lastermäuler zu klopfen, die da behaupten, er sei etwas stark mit Hoff und Staub und Schmutz behaftet.

Eine imposante Versammlung und Kundgebung soll es gewesen sein, versichern die Handelsblätter, und man muß gestehen, die Herren haben Schneidigkeit gezeigt, sie fühlten sich und wollen sich nicht am Bart kratzen lassen und wie eine Bärin ihr Junges, vertheidigen sie ihre geliebte Börse und deren Freiheit, besonders gegen die Agrarier, die ihnen ja die Suppe eingebracht haben, und gegen deren Beschützerin Regierung. Man (d. h. die Regierung) wolle dem entsefelten Sturme die Börse opfern, hieß es, und vergesse nur, daß dadurch nicht bloß der Börse, sondern noch mehr dem allgemeinen Verkehr Schaden zugefügt werde. Man glaube auf gewisser Seite, die Börse besitze eine Bauffe-Maschine, mittelst deren sie die Preise beliebig herunterdrücken könne. Die Agrarier wünschen hohe Preise nur für das, was sie zu verkaufen haben und niedrige für alle die Dinge, die sie kaufen müßten. Die Börse sei gar nicht im Stande, den Getreidepreis unter den Weltmarktpreis herabzubringen.

Der also sprach, heißt Kühnemann, und der Name erweckt in uns alte Erinnerungen. War es nicht ein Kühn-

mann, der seiner Zeit in dem Compiott der Großcapitalisten gegen die Organisationen der Arbeiter, kurz nach dem Fall des Ausnahmegesetzes, eine führende Rolle gespielt hat? Der mit einer Energie, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, alle Hebel in Bewegung setzte, die proletarischen Organisationen zu zerstören und das bürgerliche Coalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen? Wo bleibt denn da der Spruch: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu“, den der Vertreter Hamburgs, Handelskammer-Präsident Hinrichsen, in die Versammlung feuerte? Der Handel ver- trage keine Zwangsjacke, sagte derselbe Redner; aber der Arbeit schneidern die Herren selbst die Zwangsjacke und in die Parlamente und auf die Rathhäuser wählen sie Zwangsjacken- und Knebelfabrikanten für die Arbeiter, für die Presse, für das Vereins- und Versammlungs- wesen, für die gesamte politische Freiheit. Ueber die Verunglimpfungen, die es neulich bei der Beratung des Börsengesetzes gegen den Handelsstand abgesetzt hat, überhaupt über Herabsetzung ihres Standes, sind sie indignirt, aber die weit schwereren Verunglimpfungen, die Jahr aus Jahr ein aus ihren Kreisen gegen die Arbeiter und ihre politische Vertretung gespritzt werden, sollen ruhig eingestrichelt werden! Gerechtigkeit, sagte Herr Hinrichsen, verlange der Kaufmannsstand; wenn aber das Proletariat Gerechtigkeit verlangt, regalirt man es mit Schmähungen und tractirt es mit Verfolgung und Unterdrückung.

Sollte den Herren nicht ein Seifenfieber aufgehen, daß der agrarische Sturm gegen die Börse, der ihnen so un- bequem ist, eine Consequenz des reactionären Systems ist, das sie selber haben züchten helfen? Dämmert ihnen nicht ein schwaches Licht darüber auf, wo der Häuptling und Drahtzieher der agrarischen Machinationen seinen Sitz hat?

Es ist äußerst erfreulich, daß der alte Spruch: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu“, in dieser Versammlung wieder einmal zu Ehren kam, er, der vom Capitalismus in der Praxis längst zum alten Eisen genossen ward. Nunmehr steht zu hoffen, daß für die Comptoir-, Magazin- und Läden-Kulis eine bessere Zeit herausdämmern wird. Die Herren Prinzipale der Bank- und Geschäftshäuser werden künftig die Arbeitszeit ihrer Angestellten nicht mehr so unmenslich ausdehnen, ihnen angemessene Saläre bezahlen und eine anständige Be- handlung angedeihen lassen. Denn sie werden sich sagen: Was ich nicht will, das man mir thut, oder meinen Kindern, das will ich auch den Gehilfen und Lehrlingen und Arbeitern nicht zufügen. Sie werden sich auch sagen: an dem Sinken der Reputation des Handelsstandes ist nicht zum Legen der Umstand beihilft, daß in der rücksichts- und strupelosen Ausbeutung der Arbeit der Handelsstand mit allen übrigen capitalistischen Gruppen weiteiferte. Denn das Unrecht, das eine Person oder ein Stand verübt, schadet seinem Ansehen auch in den Augen Derer, die selber Unrecht verüben. Man verurtheilt im Andern gern das Schlechte, zu dem man sich selbst vom Egoismus verleiten läßt.

Aber eine Wette, daß diese optimistische Hoffnung in Erfüllung geht, riskiren wir gleichwohl nicht.

Politische Rundschau.

Berlin, den 13. Februar.
Aus dem Reichstage. Es ist ein Zeichen für den halben Sieg, den die deutsche Bourgeoisie über den Militär-, Junker- und Beamtenstaat des Absolutismus nur zu erringen verstanden hat, daß sie sich in allen Fragen der äußeren Politik eine außerordentlich zurückhaltende Haltung auferlegt. Für die englische und französische Bourgeoisie hat die auswärtige Politik längst aufgehört tabu zu sein; in Deutschland ist es ein Ereigniß, wenn sich die Volksvertretung mit ihr befaßt. Immer wird so gethan, als stecke hinter der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten mit ihrem großen und — kostspieligen diplomatischen Apparat etwas Mystisches, dessen Anblick das profane Auge des Volkes nicht vertrage, und auch heute hätten wir im Reichstage beim Beginn der Beratung des Etats des auswärtigen Amtes trotz der Ereignisse in Transvaal, trotz der drohenden Flottenvermehrung, nichts gehört, als einige patriotische Danksprachen an die Weisheit der Herren in der Wilhelmstraße, wenn die Mehrheitsparteien ganz unter sich wären und ihnen nicht eine thätkräftige Minderheit gegenüberstände, deren Kerntruppe unsere Fraktion ist. So hatten wir denn heute eine hochpolitische Debatte. Ueber die Neben der Hammacher, Lieber, Mantuffel und Kardorff können wir rasch hinweggehen. Sie boten nichts als das übliche Tamtam des Entzückens über die Macht Deutschlands und die Klugheit seiner Staatslenker, die sich in der Transvaalfrage bewährt habe. Die Rede des Staatssekretärs v. Marschall, enthielt keine Ueberraschung; er hatte bisher unbekanntes That- sachen für die Beurtheilung der deutschen Weltpolitik nicht bei- zubringen, verstand es aber mit außerordentlichem Geschick, die be- kannten Thatfachen so zu gruppieren, daß das Verhalten Deutsch- lands England gegenüber unanfaßbar erschien. Auf den ent- scheidenden Punkt, das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger, ging er freilich nicht besonders ein. Das wurde von Bebel nachher gründlich nachgeholt. Bisher hatte Richter die Debatte in dankenswerther Weise auf den herumspukenden Flottengründungs- plan gelenkt und ihn auf das Schärfste bekämpft. Die groß an- gelegte Rede Bebel's untersuchte die Frage, welche Art der Politik Deutschlands im Interesse des Proletariats liegt. Er bekämpfte von diesem Standpunkt aus die Unfähigkeit, den plötzlichen Coullissen- wechsel der deutschen Politik, Erscheinungen, die im vergangenen Jahre bei der ostasiatischen Frage sowohl wie bei der Politik am goldenen Horn ihm herabgetreten zu sein schienen und die auf eine Annäherung an Rußland und eine Brüstung Englands heraus- laufen. Eine Antwort wurde Bebel nicht, auf dessen Standpunkt sich zum Theil auch der Volksparteiler Hausmann stellte. Die Rechte begnügte sich während seiner Rede zu lärmern und Herrn von Liebermann gegen ihn vorzuschicken, dessen Entgegnung in der sattnam bekanneten rüden und geistlosen Manier dieses Landrecht's der Reaction ausfiel.

— Raumann-Duiddé. Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Corr. Correspondenz“: Herr Professor Duiddé hat mit seiner Art, „geschichtliche Studien“ zu treiben, Schule gemacht; Pfarrer Raumann ist in seine Fußstapfen getreten, nur daß er zu seinen „Studien“ den Stoff aus der Bibel nimmt. In der „Blitz“, Nummer 6, finden wir ein solches

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

64. Roman von Guy de Maupassant. Nachdruck verboten.

Sie aber ließ sich in ihrem Gedankengang nicht stören. Das hätte ich nur anfangs ahnen sollen. Aber nein, wie konnte ich denn glauben, daß Du ein solcher Lump bist.“

Er nahm eine würdige Miene an: „Ich bitte Dich noch dringend auf die Ausdrücke zu achten, welche Du anwendest.“

Sie empörte sich über seine Entrüstung: „Was! Ich soll Dich wohl noch mit Handschuhen anfassen! Wie ein Lump betrügst Du Dich mir gegenüber, seit ich Dich kenne, und jetzt verlaßt Du, ich soll es Dir nicht sagen? Jeden betrügst Du, jeden beutest Du aus, suchst Verwunden und Geld, wo und wie es auch sei, und jetzt fällt Dir ein, daß ich Dich als arthaischen Menschen behandeln soll?“

Er erhob sich und sagte mit zitternden Lippen: „Schweig, oder ich werfe Dich hinaus!“

„Mich hier hinauswerfen?“ . . . stammelte sie, mich hier hinauswerfen . . . Du mich hier hinauswerfen . . . Du . . . Du . . .“

Sie konnte nicht weiter reden, so sehr erstickte sie der Born, aber plötzlich, als wenn die Thür vor ihrer Wuth zersprungen wäre, brach sie los:

„Mich hier hinauswerfen? Du hast wohl ganz ver- gessen, daß ich die Miete für diese Wohnung vom ersten Tage an bezahlt habe. Ach ja! Du hast sie ja von Zeit zu Zeit auf Deine Rechnung genommen. Aber wer hat sie denn gemietet? . . . Ich! . . . Und wer hat sie immer weiter bezahlt? . . . Ich! . . . Und Du willst mich jetzt hier hinauswerfen! Schweig doch, Du Taugenidiot! Der ist wohl, ich weiß nicht, daß Du Madeleinen die Hälfte der Bonaparte'schen Erbschaft gestohlen hast? Denn wohl, ich weiß nicht, daß Du Susanne verführt hast, um sie zur Heirath zu zwingen . . .“

Er hatte sie bei den Schultern gepackt und schüttelte sie hin und her: „Sag' das nicht, ich verbiete es Dir!“

„Und doch hast Du sie verführt, ich weiß es!“ schrie sie. Alles Mögliche hätte er ruhig hingenommen, aber diese Unwahrheit brachte ihn außer sich. Die Wahrheiten, die sie ihm ins Gesicht geschrien, hatten wohl Butschauer über sein Herz gejagt, aber die Lüge über das junge Mädchen, das seine Frau werden sollte, ließ in seinen Händen das wilde Verlangen zucken, sie zu schlagen.

„Schweig!“ wiederholte er, „nimm Dich in Acht! . . . Schweig!“ Und dabei schüttelte er sie, wie man von einem Ast Früchte abschüttelt.

Mit verwirrem Haar, wahnwitzigen Augen, weitgeöffnetem Munde heulte sie: „Du hast sie verführt! . . .“

Er ließ sie fahren und schlug sie dabei mit seiner Kraft ins Gesicht, daß sie an die Wand taumelte. Ab- wendete sie wieder zu ihm um und schrie noch einmal: „Du hast sie verführt!“

Er stürzte sich auf sie, warf sie zu Boden und schlug wie auf einen Mann auf sie ein.

Sie war plötzlich still geworden und seufzte nur unter seinen Schlägen. Sie hatte ihr Gesicht in den Winkel zwischen Parquet und Wand gedrückt und ließ klagende Schreie aus- emporen. Dann machte er einige Schritte durchs Zimmer, um seine Kaltblütigkeit wieder zu erlangen. Es fiel ihm etwas ein, er ging ins Nebenzimmer, füllte das Wasch- beck mit kaltem Wasser und kühlte seine Schläfe darin. Dann wusch er sich die Hände, und während er sich sorg- fältig die Finger abtrocknete, ging er nachsehen, was sie machte.

Sie hatte sich nicht gerührt. Sie lag immer noch auf dem Boden und weinte. . . .“

„Bist Du bald fertig mit dem Flennen“, fragte er. Sie erwiderte nichts. Ein wenig beklommen und be- schämt war ihm doch zu Muth, als er so mitten im Zimmer vor dem liegenden Körper stand.

Dann faßte er mit einem Male einen Entschluß, nahm seinen Hut vom Kamin und sagte: „Guten Abend! Wenn Du so weit bist, kannst Du den Schlüssel beim Portier ab- geben. Ich habe keine Lust, auf bessere Laune bei Dir zu warten.“

Er ging, machte die Thür zu und begab sich zum Portier. „Meine Frau ist noch oben geblieben“, sagte er. „Sie wird aber gleich gehen. Sie können dem Wirth sagen, daß ich zum 1. October kündige. Heute ist der 16. August, ich kann also noch kündigen.“

Mit großen Schritten eilte er fort, denn er hatte noch eilige Gänge vor, um Brautgeschenke zu kaufen.

Die Hochzeit war auf den 20. October nach Wieder- zusammentritt der Kammern festgesetzt. Die Trauung sollte in der Kirche de la Madeleine erfolgen. Viel war über die Heirath geschwätzt worden, die Wahrheit wußte aber niemand. Verschiedene Geschichten waren im Umlauf. Man zickelte von einer Entführung, war aber der Sache nicht sicher.

Nach den Angaben der Dienerschaft hatte sich Frau Walter, die mit ihrem zukünftigen Schwiegersohn kein Wort wechselte, am dem Abend, wo die Verbindung entschieden war, aus Born darüber vergiftet, nachdem sie noch am Witternacht ihre Tochter hatte ins Kloster bringen lassen.

Sie war vom Tode gerettet worden, aber jeder sah, daß sie sich nicht mehr erholen würde. Sie machte jetzt den Eindruck einer alten Frau; ihre Haare waren völlig ergraut. Ihr fromm war sie jetzt geworden; alle Sonntage ging sie zum Abendmahl.

In den ersten Septembertagen theilte die „Blitz“ mit, daß der Baron Du . . . de Santel ihr Ge-

Maßwert über Amos' Auftreten in Bethel. Amos war — so schreibt der Herausgeber der „Hilfe“ — „kein Gelehrter und kein Priester, vielleicht wäre er sonst vorstichtiger gewesen“, er war Hirte, ihn hatte der Geist des Herrn erfasst, er verließ die Heerde und griff in die Geschichte seines Volkes ein. Er ward aber kein Krieger, sondern ein Prophet, und als solcher stellte er sich an den Altar von Bethel und redete von dem großen gewaltigen Zorn Gottes, der vom Norden her über alle Länder am Jordan herabziehen werde wie Gewitter und Heuschreckenschwarm. Die Gewalt der Prophetenrede brach über Israel los wie Vulkandampf am Libanon: „Um drei- und vierfacher Schande willen kann Gott dieses Volk nicht verschonen; sie verkaufen den Gerechten um Geld und den Armen um ein Paar Schuhe, sie treten den Kopf der Armen in den Roth und hindern den Weg der Glenden, es gehen Sohn und Vater zu einer Dirne, um Gottes heiligen Namen zu entweihen, sie schlemmen bei allen Altären und trinken Strafwein in der Götter Hause. Solchen Zuständen gegenüber wird der Hirte zum Engel mit dem Flammenschwert: Hinweg mit dem Geplärre deiner Lieder; das Klagen deiner Harfen mag ich nicht hören; möge vielmehr Recht sprudeln wie Wasser und Gerechtigkeit wie ein immer verfließender Bach! So sprach der Prophet. Er redete von denen, die zur Harfe gittern und sich einbilden, wie David zu spielen, aber um den Schaden Josephs sich nicht grämen, ja er sagte: die Höhen Isaaks sollen vermählet und die Heilighümer Israels sollen zerstört werden und gegen das Haus Jerobeams will sich Jehova mit dem Schwert erheben. Als der Prophet solches gesagt hatte, wurde er wegen Uebertretung der Grenzen seines Verurtheiltes vom Oberpriester beim König verklagt, und im Namen der Majestät folgte dann der Oberpriester zu Amos: „Seher, geh weg und flieh in das Land Juda! Weissage nicht mehr zu Bethel, denn dies ist ein königliches Heiligthum und ein Reichstempel!“ Was blieb da dem Seher anders übrig? Er ging. Am Altar von Bethel herrschten die „Priester der Höhe“, die Ruhe war hergestellt, von Norden aber kam das Gewitter der Assyrer, dessen Sturmvogel der Kreyser gewesen war.“ — So Pfarrer Naumann in seiner „Hilfe“. Die conservative, Stummische und auch nationalliberale Presse schäumt vor Wuth wegen dieses Artikels über den Pastor Naumann und ruft aus, von Naumann können Seher und Lichter nicht lernen. Ein solcher Grad der Verhegung, wie er in dem Artikel zum Ausdruck kam, werde selbst in socialdemokratischen Schriften nicht erreicht.

— Wenn das Lehrerbesoldungsgesetz scheitern sollte, so geschieht es wegen der drei Millionen, die „mangels anderer Mittel“ den Städten abgedrückt werden sollen, da der Staat sich für unfähig erklärt, das Geld seinerseits aufzubringen. Der „Harmon. Cur.“ theilt mit, daß der Flottenplan, der uns droht, auf hundert Millionen Mark zugeschnitten werden soll. Brauchen das die drei Millionen für Schulwecke nicht hat, würde alsdann für Marinewecke mit ungefähr dem Zwanzigfachen dieses Betrages in Anspruch genommen werden. Und Herr Miquel wird das Geld schaffen! Daran zweifeln wir nicht! Solche Marine! Arme Schule! Armes Volk!

— Friedrichshütte bei Saatzha. Auch von hier aus wurde eine mit ca. 500 Unterschriften besetzte Petition gegen die Reichstagscommission für die Margarinegesetz-Vorlage gesteuert, die Margarinefabrikation ruinirenden Anträge, abgelehnt. — Der arme Kreis Walgenheim ist durch seine großen Fabriken sehr stark an der Erhaltung der Margarinefabriken beteiligt und würde namentlich die arme Bevölkerung derselben durch einen Uebergang der Margarine schwer geschädigt.

redaction würde, daß aber Herr Walter den Dual Director behalten würde. Nun wurde ein Bataillon bekannter Schriftsteller, politischer Redactoren, Berichterstatter, Kunst- und Theaterkritiker angeworben und kraft des Geldes den großen, mächtigen und lange bestehenden Blättern entführt. Die alten, angesehenen und ernst zu nehmen Journalisten suchten nicht mehr die Arbeit, wenn von der „Neuzeit“ die Rede war. Ihr herrlichblühender, volker Erfolg hatte die Berührung bewirkt, mit der die erhabenen Schriftsteller das Blut bei jenem ersten Erscheinen angesetzt hatten.

Die Heirat seines Ehebruders war das, was man ein „Ereigniß für Paris“ nennt, denn Georges Du Roy und die Familie Walter waren seit einiger Zeit eng verbunden allgemainer Reugier geworden. All die Leute, deren Namen die Zeitungen in ihren Berichten „mit der Gesellschaft“ netzen, nahmen sich vor, an der Hochzeit theilzunehmen.

Das Ereigniß fand an einem klaren Festtage statt. Seit acht Uhr Morgens waren alle Angehörigen der Nachbarstadt in Thätigkeit. Ueber die Seiten der hohen Freitreppe dieses Gebäudes, das die Rue Royale beherrscht, wurde ein breiter rother Teppich gebreitet. Er ließ die Vorübergehenden Halt machen und lagte dem Volk von Paris, das eine große, feierliche Cerimonie zustehen sah.

Bevor die drei Bureau gingen, Arbeiterinnen, Kommis, machten einen Augenblick Halt, jähren die Vorberathungen an und drückten sich mit ein Paar Worten, die sowohl Geld ausgeben, um sich zu pausen. Um zehn Uhr gingen Reugierige an stehen zu bleiben. Es hielten einige Minuten stehen, hielten, daß es vielleicht bald anfangen würde und gingen dann wieder weiter. Um elf Uhr riefen einige Angehörige Schluß an

— Von „geborenen Volksvertretern“ sprach bekanntlich vor einigen Tagen Professor Sohm im Reichstage. Die Landtage der Einzelstaaten sind nun in der angenehmen Lage, in ihren ersten Kammern solche „geborene Volksvertreter“ zu besitzen, und zwar in reichlicher Auswahl. Wie es mit der Erblichkeit dieser „Geborenen“ beschaffen ist, zeigt eine Aeußerung des Fürsten v. Lobenstein-Wertheim-Rosenberg in der habsburger Ersten Kammer. Betreffs der Fabrikinspectorinnen meinte dieser „geborene Volksvertreter“ nämlich, als Mittelperson könne sich vielleicht in erster Reihe die Gattin des Fabrikinspectors eignen. Ob der Staat dabei in die Herzenswahl des Fabrikinspectors eingreifen oder wie er die Sache sonst anfangen soll, um die Frau Fabrikinspectorin für die Sache zu engagiren, ließ der fürstliche Redner unentschieden.

Der Gedanke ist wirklich nicht genug, um demnachst von den bekannten einflussreichen Politikern angegriffen zu werden. So könnte doch in harmloser Weise den Drängern nach Anstellung weiblicher Fabrikinspectoren der Mund gestopft werden.

— Den sächsischen Wahlrechtumstürzern setzte auf der Generalversammlung der sächsischen Nationalliberalen Herr Professor Victor Böhmert recht lebhaft zu. Er sagte u. A.:

„Wir haben kein gutes Gewissen mehr, wenn wir dem Arbeiter etwas nehmen, was er bisher hat. Meine Herren, es giebt materielle Güter und es giebt ideale Güter. Ein ideales Gut ist die Mitarbeit im politischen Leben. Diese Mitarbeit ist die erste Vorbedingung zur Besserung... Es ist heute von den verschiedensten Rednern auf Gneist Bezug genommen worden. Ich habe mit Professor Gneist ziemlich 24 Jahre den „Arbeiterfreund“ redigirt und muß doch sagen, er würde sich im Grade umdrehen, wenn er jetzt wahrnehmen sollte, daß wir jetzt das thun wollen. Er sagte immer — ich möchte Ihnen diese Stelle vorlesen oder wenigstens den Inhalt seiner Stelle: er sagt: Jeder denkt bei dem Wahlrecht immer an die ihm zunächst lebenden Klassen, dann denkt er an die ferneren lebenden erst aus einem späteren Grunde; er sagt: „Was Du nicht willst, das man Dir tuu, das thue auch keinem andern zu.“ Und um gerade diese Bewegung einzudämmen, um dieser Bewegung mit gutem Gewissen entgegenzutreten, da möchte ich dringend bitten, daß wir dies ideale Gut dem Arbeiter nicht verweigern. Wir würden einen unendlichen Fortschritt, der sich jedenfalls ja vollziehen muß auch in dem Reichsbudget der Arbeiter und in der Arbeit an der Gemeinde und am Staat, diesen Fortschritt würden wir natürlich bekommen und wir würden gegenwärtig einen Zustand herbeiführen in die Bevölkerung hineinwerfen, der in der That höchst gefährlich ist... Sie durchkreuzen alle die gemeinnützigen Verbesserungen, wenn Sie jetzt einen so großen Theil des Volkes und entwenden, indem Sie dem Volk ein ideales Recht jedenfalls brüskiren. Denn, daß das eine Beschränkung ist, das wird sich jeder von Ihnen selbst sagen. Wenn er künftig nicht mehr direct wählen kann dann ist sein Wahlrecht beschränkt und müßig, namentlich auch für das übrige Volk. Haben Sie nicht mit diesem Volk und suchen Sie dem Volke gerecht zu werden. So werden wir nicht mehr überleben. Aber Sie werden leben, es wird über uns aller Köpfe kommen.“

Das wird es allerdings und früher wie die Herren glauben mögen. Uebrigens will das Volk kein Mitleid, sondern es will Recht, sein unveräußerliches Recht.

— Die sächsischen Nationalliberalen haben ebenfalls in Leipzig getagt, um zu dem Wahlrechtstexte Stellung zu nehmen. Aber nicht vor dem Komitee der Öffentlichkeit, sondern höchst geheim wurden die Arbeiten ausgearbeitet. Schlussergebnis war folgende Resolution:

„Die Generalversammlung hat die grundsätzliche Ablehnung des Wahlrechts mit dem weiteren Einverständnis der Nationalliberalen Socialdemokratie in die Wahlrechtsreform Sachliche verbindend: 1. Das Wahlrecht soll nicht auf das einzige Merkmal der Vermögen abhingewiesen werden, sondern auf die Verbindung des Vermögens mit dem Beruf. 2. Der Mangel an Vermögen soll nicht als Grund für die Ausschließung von der Wahlberechtigung angesehen werden, sondern nur als ein Merkmal, das die Wahlberechtigung zu verweigern berechtigt.“

und letzten den Vertrag unterschrieben zu erhalten, denn kleine Reichthümer haben sich jeden Augenblick. Bald erschienen auch die ersten Gäste. Es waren diejenigen, die einen guten Platz haben wollten, von dem aus sie alles sehen konnten. Sie besetzten alle Seitenstühle längs des Mittelganges im Centraltheater der Kirche.

Abendlich kamen mehr: Frauen erschienen in von Seide herabgehängten Kleidern und trugen, fast unmerklich zahllose Hüte, die in verschiedenen, an diesem Orte noch würdigerer Haltung angeordnet.

Sangman stieg sich die Kirche. Durch das gewaltige, offene Portal strömte das Sonnenlicht und drang bis zur ersten Empore der Kirche vor. Rührer war es am den Klängen heranzu, und die vielen Reigen, die auf dem Altar standen, leuchteten gelb und rötlich und bläulich gegen das Licht des hohen Portals.

Man erinnerte sich, man rief sich durch Zeichen heran, man trat in Gruppen zusammen. Die Schriftsteller, die nicht so glücklich wie die Soldaten hier waren, sprachen halblaut mit einander. Frauen wurden gemurmelt.

Robert von Barthelemy trat nach einem Bekannten und bemerkte James Kugel mitten in den Centralgängen. Er drängte sich zu ihm durch.

„Kugel, was ist das?“ sagte er. „Die Zukunft gehört dem Schluß.“

Der Anrede erwiderte ohne Reiz: „Um so besser für ihn. Sein Leben ist gemacht.“ Und so begannen sich die Namen der Personen, die zu bemerken, zu nennen.

„Das ist denn eigentlich mit seiner Frau geworden?“ fragte Kugel.

Der Dichter lächelte: „Was genau Anstalt kann ich nicht geben. Sie soll im Deutschen Reichweite ganz glücklich leben. Aber... es ist nämlich ein Aber dabei... aber seit einiger Zeit liebt sie in der „Neue“ Zeitungs, die eine gewisse Bekanntheit mit dem Fortschritt und

sprechend der Heibelberger Erklärung vom Jahre 1884 an der geheimen Stimmabgabe fest.“

Man schämt sich also nicht einmal, den Zweck offen zu bekennen: Erhaltung der Herrschaft der besitzenden Klassen. Dem soll unbedenklich das Recht des Volkes geopfert werden. Uebrigens ging es, wie die „Leipz. Volksztg.“ nach anderen Blättern, da ihrem Vertreter der Zutritt verweigert wurde, berichtet, in der Versammlung keineswegs einheitlich zu; die Liberalen unter den Nationalliberalen sigen an, sich an ihrem Namen zu schämen und machten lebhaft Opposition. Leider werden die Ausführungen der Oppositionsredner in der Presse möglichst unterdrückt.

— In der hessischen Kammer kam es Dienstag zu einer kleinen Scene. Unser Offenbacher Partei-Organ berichtet darüber: Die zweite Kammer setzte am Sonnabend zunächst die Beratung über das Volksschullehrer-Gehaltsgesetz fort. Staatsminister Fingert erklärte, daß das Gesetz vor 1897 nicht in Kraft treten könnte, worauf Metz-Darmstadt seinen Antrag wegen der vor 1890 pensionirten Lehrer zurückzog und umänderte, so daß derselbe demnachst zur Specialberatung kommt. Durch Annahme eines Schlufantrages wurde die weitere Debatte abgebrochen. Der Abgeordnete Osann nahm darauf Veranlassung, in einer persönlichen Bemerkung gegen den Abgeordneten Ulrich seinen nationalen Standpunkt auszuspielen gegen den internationalen Standpunkt Ulrich's und als Ulrich darauf seinerseits in einer persönlichen Bemerkung antworten wollte, verweigerte ihm der Präsident der Kammer, der nationalliberale Vertreter für Offenbach, Justizrath Weber, das Wort. Festig protestirte Ulrich gegen diesen Versuch der Vergewaltigung. Er lasse sich keinen Maulkorb anlegen durch den Präsidenten, rief er drohend durch den Saal und appellirte an die Kammer, der er jurist, daß hier das wichtigste Recht der Mitglieder auf dem Spiel stände. Dem ganzen Hause bemächtigte sich eine heftige Aufregung und Abgeordneter Wasserburg schloß sich dem Protest Ulrich's an; ja selbst der Abgeordnete Osann sah sich genöthigt, gegen den Präsidenten Stellung zu nehmen, so daß dieser wohl oder übel gezwungen war, dem Abgeordneten Ulrich das Wort zu ertheilen. Dieser wandte sich dann gegen die Abgeordneten Schröder und Diann, denen er ungeschminkt die Meinung sagte; auch der Abgeordnete Ulrich zur Ordnung rief. Die ganze Scene war ungewöhnlich lebhaft und wurde noch lange besprochen, wobei das Verfahren des Präsidenten durchweg und zwar selbst von seinen Partigenossen, als unzulässig getadelt wurde. Im weiteren Verlaufe der Debatte wurden sodann alle Zusatzanträge bekämpft und schließlich die Vorlage der Regierung einstimmig angenommen. Die Anträge Camer und Schmidt wurden abgelehnt. Das Gesetz tritt somit erst am 1. April 1897 in Kraft.

Oesterreich-Ungarn.

Nicht vorfindliche Anschauungen über die Frauenfrage spuken im Kopfe des ungarischen Unterrichtsministers. Derselbe ließ sich im ungarischen Abgeordnetenhaus über die Frage der Zulassung der Frauen zu den Hochschulen aus und sagte dabei: Er erachte es für ungesund und unbillig, die Frauen im Princip von der höheren Ausbildung auszuschließen. Aber er wolle keine Concurrenz organisiren, daher würde auch kein Mädchengymnasium errichtet. Andererseits dürfe jedoch nicht der befähigteren Frau der Weg zu einer höheren Ausbildung verschlossen bleiben. Er unterzöge hiermit nicht die Frauenemancipation als solche, sondern nur ausschließlich die wissenschaftliche Emancipation, denn er sei auch heute überzeugt, daß der wahre Beruf der Frau in der Familie liege. Die

Du Roy haben. Sie sind von einem gewissen Jean le Dol unterzeichnet, einem jungen, hübschen und klugen Deutschen, der zu der Klasse unseres lieben Bel-Ami's gehört und dessen höhere Frau kennen gelernt hat. Daraus habe ich geschlossen, daß sie nun einmal die Anfängerin lieb und ewig lieben wird. Sie ist übrigens reich. Baudrec und Larochette sind nicht umsonst Stammgäste des Hauses gewesen.

„Sie ist doch nicht übel“, meinte Rival, „die kleine Madeleine. Ein ganz feines, gewandtes Frauenzimmer. Aber sagen Sie mir doch, wie kommt es denn, daß sich Du Roy nach einer Ehescheidung noch in der Kirche trauen lassen kann.“

„Er wird in der Kirche getraut“, erwiderte Robert de Barthelemy, „weil er für die Kirche überhaupt noch nicht verheiratet war.“

„Wie das?“

„Unser Bel-Ami hielt, als er Madeleine Forestier heirathete, aus Sparsamkeit oder Gleichgültigkeit das Standesamt für genügend. Der kirchliche Segen fehlte ihm also, und seine erste Ehe war demnach in den Augen unserer heiligen Mutter Kirche nur ein Concubinat. Folglich erachtet er heute als Junggeselle vor ihr und sie leibt ihm all ihren Pomp, der dem alten Walter übrigens heidenmäßig viel Geld kosten wird.“

(Schluß folgt.)

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Metz Verlag) ist soeben das 20. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt seien hier hervor: Platte Nachrichten — Die Transvaal-Expedition und ihr internationaler Rückschlag. Von Eduard Bernstein. Der Weltmarkt und die Agrarpolitik. Von Parvus. (Fortsetzung.) — Ein weiterer Beitrag zur Frage: Was heißt der deutsche Arbeiter? Von Adreasius. — Heftleton: Natur. Erzählt aus dem heimlichen Leben von Olga Robertson. 1.

Anerkennung der Berechtigung des Verlangens der Frauen „im Princip“ ist nicht viel werth, wenn man ihnen nicht den Weg der genügenden Vorbildung ebnet. Das soll aber nicht geschehen, um „keine Concurrenz zu organisiren“.

Von der Corruption in den leitenden ungarischen Kreisen haben wir kürzlich in Hinsicht auf den Fall Miklos, der seine Stellung ausnutzte, um mit Vicinalbahnen „seine“ Geschäfte zu machen, berichtet. Raum ist man jedoch in Budapest über diese Angelegenheit zur Tagesordnung übergegangen, so melden die Zeitungen schon den Fall der erzwungenen Demission des Wieselburger Vicegepans Emmerich Toth, der 25 Jahre lang seine etwas zweifelhafte Privatmoral im Amte beibehalten konnte; am 4. Februar traf die Nachricht ein vom Selbstmord eines Oberstudienrathes, der im Verdachte stand, sich an öffentlichen Geldern vergriffen zu haben, und nun steht im Mittelpunkt der Erörterung die Sensationsaffaire des Museumsdirectors Karl Pulsky, dem man trotz seiner notorischen „Nervosität“ Hunderttausende anvertraut hat und der nun „irrsinnig“ geworden, nicht mehr im Stande ist, Rechnung abzulegen über die Verwendung der ihm anvertrauten Summen. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, daß es an weiteren Fällen in den nächsten Tagen nicht fehlen wird. Es ist ja nicht „etwas“, sondern sehr Vieles faul im Staate Ungarn, und ist die Wase erst einmal aufgeköchelt, dann müssen die Secrete auch abfließen.

Das hindert aber die ungarische Bourgeoisie nicht im Geringsten, mit großer Emsigkeit die Milieniumfeier in Szene zu setzen, und die absichtslos Stehen an, die Socialdemokraten romisch, welche das tausendjährige Reich nicht bewundern wollen, zu verfolgen. Das ist allerdings eine widrige, ganz der Moral des Bourgeoisstaates entsprechende Festfeier.

Belgien.

Die belgische Kammer beschäftigte sich in den letzten Sitzungen hauptsächlich mit Anfragen über die Gültigkeit oder Ungültigkeitserklärung gewisser Communalwahlen und über die systematische Weigerung des Königs und des Ministeriums, socialistische Bürgermeister zu ernennen, selbst da, wo die Mehrheit des Gemeinderathes socialistisch gestimmt ist. Beim ersten Punkt kann man sagen, daß der einzige Priester, der in der Kammer sitzt, der christlich-demokratische Abbe Daens, in der heiligsten Weise die unqualifizirbaren Handlungen der alten politischen Parteien und besonders der reactionären katholischen Partei in Klug angriff. Niemand hat vor noch eine solche Anklage gehört, die die Reactionäre als Stimmenkäufer und Verleider zur Corruption behandelt, indem sie sagte: „Und da wundert man sich, wenn die Leute aus dem Volke sich sagen: Was nützen die Tugenden und die Würdigkeit, nur das Geld ist es, das in die Wagschale fällt.“ Diese stolzen und würdigen Worte haben dem tapferen Abbe regelrechte Excommunicationen von der katholischen Presse gezogen, aber der Eindruck auf das Land wurde dadurch nicht verringert. — In seiner Antwort auf die Interpellation unserer Genossen über die Ernennung der Bürgermeister machte der Minister kein Hehl daraus, daß er die Socialisten außerhalb des Gesichtes stelle; er ging sogar so weit, zu erklären, daß er keine Bürgermeister aus der socialistischen Partei ernennen könne, weil die Centralgewalt Garantien für die Ordnung und Sitte haben müsse. Da antwortete Genosse Demblon in einer wohlberechtigten Regung des Unmuths auf diese Aeußerungen: „Der Minister hat gesagt, daß gewisse socialistische Bürgermeister sittenlos seien; Ansehe verlangte die Resnung von Namen, man hat dies verweigert; das ist das Vorgehen von Jesuiten! Was kann man untern Bürgermeistercandidaten vorwerfen? Sind sie es, die sich hinter den Coulissen der kleinen Theater herumtreiben? Sind sie es, die im Alter von 60 Jahren dem Fräulein Emilienne d'Algeron (eine Pariser Schauspielerin) Beluche abstratten? Wer Garantien für die Sittlichkeit von denen fordert, die zu Bürgermeistern ernannt werden sollen, der sollte vor Allem selbst diese Garantien bieten können. Eine Partei, die an ihrer Spitze einen Menschen hat, der seine Würde in die Doubloirs der Pariser Tänzerinnen kleidet, hat nicht das Recht, von Moral zu sprechen.“ — Die Zeitungen verschiedener Parteien melden mit einer uns sehr erfreuenden Uebereinstimmung erspärdet die bedeutenden Fortschritte der socialistischen Propaganda unter den Soldaten. Die Regierung denkt daran, Garnisonswechsel vorzunehmen. Eine ausgezeichnete Idee! Man wird atedann die socialistischen Soldaten in Städte schicken, die noch nicht socialistisch sind, dann aber es werden, und die noch nicht aufgeklärten Garnisonen in Städte bringen, wo sie bald Socialisten sein werden. — Das Gericht hat die letzte Nummer unseres antimilitarischen Organs confiscirt und verfolgt die Verfasser zweier Artikel, den Genossen Velen, Redacteur des „Peuple“, und den Genossen De Brouckere, Gemeinderath in Brüssel.

Italien.

In Abgeordnetenkreisen beginnt die Agitation gegen die Kriegspolitik der Regierung und für die Wiederberufung des willkürlich verlagten Parlaments immer mehr in Gang zu kommen. Nachdem zuerst eine vollzählige Versammlung der Abgeordneten der äußersten Linken in diesem Sinne Beschluß gefaßt hatte, liegt jetzt eine gegen die Politik in Afrika gerichtete Erklärung der Abgeordneten der socialistischen Fraktion vor; und der von Abgeordneten der gemäßig-liberalen Partei geleitete „Constitutionelle Volksverein“ in Mailand hat seinen Tadel gegen das verfassungswidrige Verhalten des Ministeriums ausgesprochen, welches seine uncontrolirte Willkür an die Stelle der gesetzlichen Vertretung des Landes gesetzt habe; zugleich wird in der Erklärung die Aufforderung ausgesprochen, eine Politik der Abenteuer aufzugeben, die die Kräfte des Landes übersteige und den Staat von der Lösung der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme abziehe. Die Unzufriedenheit mit dem eigenmächtigen Vorgehen des Ministeriums Crispi wird dadurch vermehrt, daß die Regierung die Nachrichten über die Vorgänge im Ministerium

seit langer Zeit in ganz ungenügender Weise nach Italien gelangen läßt; eine dreifache Telegrammcensur läßt nur das in das Publikum gelangen, woran das Ministerium Crispi keinen ihm selbst nachtheiligen Eindruck fürchtet; wie der Krieg nur im Interesse des Ministeriums Crispi, welches die Aufmerksamkeit von den inneren Fragen ablenken wollte, begonnen worden ist, so regeln sich die vom Ministerium gegebenen Kriegsberichte lediglich nach der Wirkung, die sie auf den Bestand des Ministeriums ausüben können. Außer dem Publikum werden durch dieses System besonders einige große, zum Theil selbst ministerielle Zeitungen benachtheiligt, welche mit großen Kosten eine eigene Berichterstattung in Abyssinien eingerichtet haben und jetzt ihre Berichte nur verstimmt und sehr verspätet erhalten. Neue Nahrung wird die gegen das eigenmächtige Vorgehen Crispi's gerichtete Bewegung dadurch erhalten, daß das Ministerium im Begriff steht, eine neue Kriegsunternehmung in Szene zu setzen, während das Ende des gegenwärtigen Feldzuges noch gar nicht abzusehen ist. Es sind bereits vier Bataillone nach Assab verschifft worden, um von dort aus in Verbindung mit dem Sultan von Aussa gegen Harrar zu marschiren; andere Truppen sollen nachfolgen. Das ist ein ganz neuer, hundertere von Keilen von dem gegenwärtigen entfernter Kriegsschauplatz und zugleich der Gipfel der Abenteuerpolitik, gegen die das Land Protest erhebt. —

Täglich berichten die Zeitungen über Manifestationen der Unzufriedenheit von Arbeitern und Kleinbürgern. In Sala bei Biella ist die Kirche wieder hergestell, nachdem die Todten begraben, die Verwundeten im Spital und an 20 Personen im Gefängniß untergebracht worden sind. Die Straßen von Parma bieten in den letzten vier Tagen das Schauspiel des größten Elends. 5—600 hungernde Menschen streifen um Brot und Arbeit. 3000 Wacconsumenten hat sich hier zusammen, um die Zahlung der neu eingeführten Gassteuer zu verweigern. Ein Boycott der Gasgesellschaft steht bevor. Wenn einige Fabrikanten durch Aussperrung der Arbeiter neue Steuern von sich abwendeten, so versuchen andere durch Reducion der Löhne sich schadlos zu halten, daher dumpfes Grollen der weißen Sklaven in Spinnereien und Webereien.

Franreich.

Kein Tag ohne Scandal! Der neueste ist der Telephonscandal getauft worden. Als die ehemalige Telephongesellschaft ihr Geschäft 1890 an den Staat verkaufte, soll sie zwölf Millionen zu viel erhalten haben, und es handelt sich jetzt darum, zu erforschen, wo diese Millionen geblieben sind. Ein überall gleichzeitig anstretendes Gerücht will Spuren davon in den Taschen des Materialdirectors der staatlichen Telephonverwaltung Gerson Freiburg gefunden haben. Sicher ist, daß in den Amtsräumen der aufgelösten Telephongesellschaft eine gerichtliche Hausdurchsuchung stattgefunden hat, und daß Gerson Freiburg seit acht Tagen nicht mehr in Paris ist. Man behauptet man zwar in seinem Bureau und in seiner Wohnung, Herr Freiburg sei mit seiner kranken Gattin nach Nizza gereist, aber man glaubt hier Niemand mehr und nichts mehr, schier gar nichts. Ferner erklärt der Vertreter der ehemaligen Telephongesellschaft, seine Gesellschaft habe sich damals mit dem Staat gerichtlich auseinandergesetzt, und dabei sei ihr eine rückständige Summe von 9 1/2 Millionen zugesprochen worden, auch habe die Hausdurchsuchung nicht dieser Sache sondern der Subbahnangelegenheit gegolten. Aber man hält im Publikum umso mehr an dem Glauben fest, daß beide Sachen zusammenhängen, weil auch bei dem Verwalter der Banque Internationale de Paris, Ernest May, der Vicepräsident der Telephongesellschaft war, Hausdurchsuchungen stattgefunden haben. Andererseits wird behauptet, nicht Herr May, sondern die Vorgängerin der von ihm geleiteten Bank, nämlich die Banque Franco-Egyptienne, sei in den Scandal verwickelt. So viel scheint festzustehen, daß der Mattentönig von Scandalen, der sich Subbahnangelegenheit nennt, bald neue Ueberdassungen bringen wird. Es ist auch hier immer wieder dieselbe Geschichte: die Untersuchung hat bei Durchsicht der Bücher gefunden, daß ungeheure Summen, Millionen, ausgegeben und ohne Angabe der Stellen, an die sie abgeflossen, gebucht sind. Wo sind diese Millionen? Einige Zwischenpersonen sollen bekannt sein. Daß es sich nicht um Lappalien handelt, geht schon aus den Namen der Leute hervor, die bis jetzt „als Zeugen“, wie es heißt, vernommen wurden oder zur Vernehmung geladen sind. Es sind republikanische „Größen“, darunter Christophle, Rouvier, Roche.

Parteiangelegenheiten.

Aus Sachsen. Gegen den geplanten Wahlrechts-Umsturz gingen, wie die „Sächs. Rev.-Zeitung“ mittheilt, bis zum 11. Februar bei unserem Genossen über 80,000 Petitionsunterschriften ein. Dazu kommen noch die direct an den Landtag gesandten Petitionen und die der Reformpartei. Es wird erwartet, daß im Ganzen über eine Viertelmillion Unterschriften gegen die Wahlrechtsverfälschterei eingehen werden. Selbst die königliche „Leipziger Zeitung“ giebt zu, daß es sich um einen Entrüstungssturm handelt. Sie tröstet sich damit, daß nach 14 Tagen kein Mensch mehr von dieser Wahlvorlage sprechen werde als an den bestehenden Rechten eigentlich doch recht wenig ändere! Auf diese Unverschämtheit des amtlichen Blattes haßt das Wort: „Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode!“

Arbeiterbewegung.

Aufruf an sämtliche Bauarbeiter und Berufslosen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Preußen, Polen und Schlesien. Werthe Kollegen! Auf dem letzten Verbandstage der Bauarbeiter, der im October 1894 in Ebersburg abgehalten wurde, führte man vielfach Klage darüber, daß zu wenig agirt worden sei. Um nun die Agitation zu erleichtern, wurde beschloffen, Agitationscommissionen einzusetzen. Eine solche ist auch in Berlin eingesetzt worden, und zwar für die bereits genannten Provinzen. Da nun unser Aufruf im vorigen Jahre sehr wenig Beachtung gefunden hat, so erneuern wir hiermit denselben. Kollegen allerorts! Wegen der traurigen Lage, worin wir uns befinden, ist es dringend notwendig, daß wir uns organisiren, um gemeinschaftlich dem Unternehmertum so viel abzurufen, daß wir nicht, wie bisher, als Arbeiter zweiter Klasse behandelt werden. Darum, Kollegen, auf-

gewacht! Beruft öffentliche Versammlungen ein, um zu berathen, welche Mittel und Wege einzuschlagen sind. Euer Loos zu verbessern. Gleichzeitig ersuchen wir die Vertrauensmänner der in Frage kommenden Gewerkschaften, ihren ungelerten Mitarbeiterbrevestisch zu machen, daß auch sie verpflichtet sind, sich zu organisiren: Betreffs der Uebellung von Referenten zu den Versammlungen würde man sich an Interessirten wenden. Rassen entstehen hieraus nicht. In der Hoffnung, daß dieser Aufruf das beitragen möge, unsere Organisation zu stärken, gelidnet mit collegialischem Gruß Die Agitations-Commission der Bauarbeiter Berlin.

Alle Anfragen zc. sind an W. Koad, Berlin SO., Gauslerstraße 35, zu richten. Sämmtliche arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

In der Metallindustrie von Seele u. Co. in Plauen-Dresden haben am 10. Februar sämtliche Weber wegen Lohnsdifferenzen die Arbeit niedergelegt.

Der Streik der Korbmacher und Korbmacherrinnen in Hamburg dauert unverändert fort. Die Zahl der Auskündigten beträgt jetzt 132 Personen mit 121 Kindern. Unter den Streikenden befinden sich 38 Frauen und Mädchen. An Unterstützung wurden vergangene Woche circa 800 Mark ausgezahlt. Der Geist der Auskündigten ist gut! — Aufträge und Anfragen sind zu richten an E. Franke bei Herrn Winkelholz, Thalstraße 17, Hamburg, St. Pauli.

Aus Wien in Süd-Steiermark wird telegraphirt, daß in der Emailgeschirrfabrik von Westen in Gadeson ein Streik ausgebrochen ist, der sich wahrscheinlich auch auf andere Fabriken ausdehnen wird. Anstatt den Fabrikdirector hat die Regierungsbehörde Gendarmen nach dem Streikgebiete geschickt.

In Budapest befinden sich 57 Oefenseher im Ausstand. Fünf Firmen haben ein Cartell gegen die Arbeiter geschlossen. Der Lohnkampf ist für die Auskündigten insofern schwer, als sich bereits mehrere Streikbrecher eingefunden haben. Die Firma Gaal hat den Tarif unterzeichnet, in Folge dessen haben die sechs dort beschäftigten Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen.

Gerichtliches.

Stade, 7. Februar. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatten sich am vergangenen Dienstag der Nebacteur Genosse Hein. Kaufmann vom „Harburger Volksblatt“, der Verleger Carl Weniger und der Drucker Helmut Weber wegen Verleibigung des hiesigen Magistral, der dirigirenden Aerzte Dr. Zimmermann und Dr. Dempwolff vom hiesigen städtischen Krankenhaus und des Krankenhausverwalters Nuhmann zu verantworten. Die Verleibigung wird in zwei Artikeln des „Volksblatt“, in denen die Thätigkeit der genannten Personen einer scharfen Kritik unterzogen war, gefunden. Zu der Verhandlung waren 42 Zeugen geladen. Durch die Vernehmung derselben ward constatirt, daß der größte Theil der erhobenen Beschuldigungen auf Wahrheit beruhte, während in zwei Fällen der Nachweis für die Richtigkeit der Behauptungen nicht geführt werden konnte. Der Staatsanwalt beantragte bezüglich des Verlegers Weniger und Druckers Weber Freisprechung, weil dieselben nach der Beweisaufnahme nicht als Mithäter zu betrachten seien. Kaufmann habe sich jedoch ungewißhaft der Verleibigung schuldig gemacht. Der Wahrheitsbeweis sei ihm mißlungen. Er, der Staatsanwalt, beantragte deshalb eine Gefängnißstrafe von 3 Monaten 2 Wochen, außerdem Publikation des Urtheils. — Nach fünfviertelstündiger Berathung ertannte das Gericht auf Freisprechung der Angeklagten Weber und Weniger. Kaufmann sei zu verurtheilen gewesen. Der Ausdrud „Die Verhandlung im Krankenhaus spreche aller Menschlichkeit Hohn“, sei zweifelsohne sehr beleidigend für die betheiligten Personen. Der dafür von ihm angetretene Wahrheitsbeweis sei mißglückt. Aber das Gericht habe dem Angeklagten glauben wollen, glauben müssen und gern geglaubt, daß ihm nicht schlechte Absichten bei der Aofsatzung seiner Artikel geleitet, sondern die Absicht, eine Besserung in den Krankenhausverhältnissen herbeizuführen. Andererseits sei bedacht worden, daß die Ehre der Verwaltung, der Aerzte und des Verwalters doch sehr angegriffen und daß der Respekt des „Volksblattes“ ein sehr großer sei. Bei alledem habe das Gericht aber geglaubt, bei einer Geldstrafe bleiben zu dürfen. Das Urtheil lautete auf eine Geldstrafe von 300 Mark event. 30 Tage Gefängniß und Publikationsbefugniß.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

39. Sitzung vom 13. Februar 1896. — 1 Uhr. Das Haus tritt in die Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes ein.

Referent der Budgetcommission ist Abg. Prinz Arenberg (L.). Beim Titel „Staatssecretär“ nimmt das Wort Abg. Dr. Gammacher (natb.). Er will die Stellung seiner Partei zur Flottenvermehrung darlegen. Sie begrüßen die Absicht des Herrn Staatssecretärs in dieser Session keine Vorlage betreffs Flottenvermehrung zu machen und seine Erklärung, daß die Regierung den unerlösten Vännen völlig fern stehe, die in einem Theile der Presse laut geworden seien. Eine solche Vorlage würde im Reichstage auch auf stärksten Widerspruch stoßen. Andererseits erklärte der Staatssecretär, es sei die Frage zu erwägen, ob die jetzigen Schiffe genügen seien, das Ansehen des Reiches im Ausland zu schützen. Er erkläre in dieser Aeußerung den Ausfluß des historischen Verantwortungsbewußtseins, daß die deutsche Regierung stets ausgezeichnet habe. Eine solche Vorlage werde seine Partei vorurtheilslos prüfen, sie werde sich vorzüglich in keiner Weise. Was das gestern veröffentlichte Weißbuch anlangt, so enthalte es im Ganzen nichts Neues. Die deutsche Regierung habe die Pflicht gehabt, die deutschen Interessen in Afrika zu schützen. Sie habe diese Pflicht mit großer Umsicht erfüllt und der Reichstag schulde ihr dafür Dank. (Beifall.) Der Schutz der deutschen Interessen in Afrika sei identisch mit der Aufrechterhaltung der südafrikanischen Republik. Auf die Depeche des deutschen Kaisers, die die Ausdrud des deutschen Selbstbewußtseins sei, können die Deutschen stolz sein. Die Entrüstung der englischen Presse sei mit Berechtigung zurückzuweisen. Die Kunst die sich zwischen Deutschland und England aufgethan habe, bedinge ernsthaftige Erwägung, er spreche aber die Hoffnung aus, daß es den betheiligten Regierungen gelingen möge, die Kunst zu überbrücken.

Staatssecretär Febr. v. Parischall: Um die Anfrage nach unserer Stellung zu England zu beantworten, muß ich einen kurzen historischen Rückblick auf das Verhältnis Deutschlands zu England werfen. Redner geht auf die bekannte Entwicklungsgeschichte der Transvaalrepublik ein. Deutschland besigt durch Vertrag mit Transvaal die unbedingte Reichsbegünstigung, steht also in keiner Weise hinter England zurück. Wir haben in unseren Beziehungen zu Transvaal nichts zu verschmeißen, nichts zu verheimlichen und nichts zu rechtfertigen. Legitime Handelsinteressen haben wir dort zu pflegen und zu fördern. Diese Pflicht wird sich das deutsche Reich nicht entziehen. (Bravo!) Wir wünschen nichts weiter, als die Erhaltung des bestehenden Rechts und der Selbstständigkeit der südafrikanischen Republik, wie sie vertragmäßig gewährleistet ist. Mit dieser Politik treten wir nicht in Widerspruch zu der Politik Englands, sondern nur zu jenen Interessen, die aus ganz Südafrika ein einheitliches Staatsgebilde schaffen wollen. Sympathien der Völker lassen sich nicht reguliren und controliren, aber politische Bräuderdungen bei den Völkern suchen wir nicht, denn die Erstbäu eines moralischen oder rechtlichen Protector würde uns ihre Sympathien am sichersten rauben. Wir haben so manche innere Schwierigkeit im eigenen Lande, die (Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

haben wir wirklich keine Lust, uns in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes zu mischen. (Beifall.) Der Einbruch Jamesons war ein völlerrechtswidriger Act, der auch unsere Interessen bedrohte. (Beifall.) Von dem Ersuchen des Präsidenten Krüger um unsere Intervention ist mir nichts bekannt. Die englische Regierung hat von ihrer Seite aus mit großer Energie und Umsicht alles gethan, um Blutvergießen zu vermeiden, das auch ich anerkenne. Der Einfall Jamesons sollte das Signal zu einer revolutionären Erhebung der Nationalpartei in Johannesburg sein, die dortigen Deutschen stehen im Gegensatz zu dieser Partei und auf Seiten der Burenregierung. Sie waren bedroht und es wäre unverständlich gewesen, wenn das Landwehr-Corps des „Serablers“ nicht eventuell zu ihrem Schutze herbeigerufen worden wäre. Ich wandte mich an Porzugal mit dem Ersuchen, die Landung zu genehmigen. Bevor die Antwort eintraf, war die Gefahr für die Deutschen beseitigt. Wir haben uns jeder Beeinflussung des Verfahrens gegen Jameson enthalten und ebenso jedes Einflusses auf die Burenregierung in Bezug auf Reformen zu Gunsten der Urtünder. Das Weisbuch enthält alle entscheidenden amtlichen Documente. Wir haben es wohlweislich unterlassen, akademische Fragen mit dem englischen Cabinet zu erörtern. Das ist nicht thöricht und nicht nutzlos. Soweit das Verhältnis von deutscher Regierung zu englischer Regierung in Frage kommt, kann ich nur versichern, daß die Beziehungen keinen Augenblick aufgehört haben, gute, normale und freundliche zu sein. Nicht zu leugnen ist, daß in England eine hochgradige Erregung gegen Deutschland Platz gegriffen hat, die in Wort, Schrift und Bild zum Ausdruck kommt. Ich halte es für ausrichtlos, gegen Stimmungen mit Argumenten zu kämpfen. Jedes Wort würde nur Delirien fester machen. Alle die schwarzen Wäse in Südafrika, die aus in England nachgesagt werden, sie sind in Kenten vermuthet werden, die mit deutscher Art und Sitte nicht vertraut sind (Bravo!) Es ist nicht deutsche Art, Hänke zu schmieden. (Bravo.) Wir achten fremdes Recht und fremde Interessen. Wir rechnen aber dabei auch auf gegenseitige Achtung. (Bravo.) Die öffentliche Meinung in England ist gewohnt, sich mit allem Freimuth zu äußern, ohne zu bedenken, wie das Ausland diese Äußerungen aufnimmt. Da sollte man aber auch nicht empfindlich sein, wenn wir das Gleiche thun und sagen, was wir denken und fühlen, wenn wir unserer Freunde darüber, daß Recht doch Recht geblieben ist (Beifall) in der Weise Ausdruck geben, wie sie der Empfindung der ganzen Nation entspricht. (Beifall, wiederholtes Bravo!)

Abg. Dr. Lieder (Centr.): Ich stehe nicht an, dem Weiter unserer auswärtigen Politik unser volles Vertrauen auszusprechen. Wir erwarten nicht, daß Deutschland jemals seine Großmachtstellung auf Kosten des Rechts missbrauchen wird. In auswärtigen Angelegenheiten nimmt das Centrum keine Ausnahmestellung gegenüber den sog. nationalgefeierten Parteien ein. Wir verzichten im gegenwärtigen Augenblick auf die Erörterung der weltanschaulichen Plänen, wie sie in der Budgetcommission erörtert wurden, um den Grund dieser Kundgebung des Vertrauens zu der auswärtigen Politik nicht abzuschwächen. (Bravo im Centr. u. rechts.)

Abg. von Mantuffel (cons.): Auch wir sind von den Ausführungen des Staatssecretärs und von dem Weisbuch voll befriedigt. Besonders lebhaften Widerhall hat jene Stelle der Rede bei uns gefunden, wo er sagte: Wir haben genug innere Schwierigkeiten, jedoch wir keine Lust haben, uns in die Interna eines anderen Landes zu mischen. Unter den inneren Schwierigkeiten verpfe ich in erster Linie die Agrarfrage. (Heiterkeit.) Es ist immer etwas mißliches, wenn im Reichstage auswärtige Politik erörtert wird. Es hätte mehr unsern Wünschen entsprochen, wenn statt einer langen Debatte ein Mitglied des Reichstages im Namen aller anderen Parteien eine zusammenfassende Erklärung abgegeben hätte. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (Rp.) ist auch der Meinung, daß Deutschlands Ehre von der Regierung in bester Weise gewahrt worden sei. Er freute sich, obwohl er sonst mit manchen Maßnahmen der Regierung im Innern nicht einverstanden sei, gerade in dieser Frage seinen und seiner Freunde Dank auszusprechen zu dürfen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (freil. Rp.): Wir können uns mit dem Programm des Herrn von Marschall über die Politik in Südafrika einverstanden erklären. Es hat die Legende zertrübt, daß Deutschland beabsichtigt habe, sich in die inneren Angelegenheiten der südafrikanischen Republik einzumischen. Herr von Marschall hat erklärt, die Regierung in England habe Alles gethan, um den Freiweitzug Jamesons zu verhindern. Die Frage bleibt aber doch offen, ob die englische Regierung nicht doch früher hätte eingreifen können. Herr Dr. Hamacher hat das Telegramm an den Präsidenten Krüger einen Ausdruck des deutschen Selbstbewußtseins genannt. Es ist nämlich ganz erklärlich und drückt die Sentimentalität Deutschlands dem von Jameson verübten Verbrechen aus. Es ist aber ja zu commentieren, was auch nur erklärlich ist. Denn Kundgebungen solcher Art sind noch sehr selten auch in Deutschland und im Hinblick auf die sehr häufige Brauch werden müßten. Uebrigens hat Brandt Krüger auch von der Regierung von England ein Danktelegramm erhalten wegen der bewiesenen Mäßigkeit gegenüber den Buren. So ist Brandt Krüger gegenwärtig das beliebteste Staatsoberhaupt in der Welt. (Große Heiterkeit.) Wir sind (heute) das Herz von Marschall die Beziehungen Deutschlands zu England als gute und normale bezeichnet hat. Herr von Marschall hat die Erregung nicht gesehen, freilich kann man das Geschehene nicht von einzelnen englischen Staatssecretären sagen. (Sehr richtig links.) Die letzten Mittheilungen müssen doch zurücktreten gegenüber den großen gemeinsamen Interessen, die England und Deutschland in Europa verbinden. (Beifall.) Die Freundschaft Englands und Deutschlands ist die Bürgschaft für den Weltfrieden, ein Zerwürfniß zwischen beiden Ländern würde die zwischen Interessen aller Schwärze gefährden. Ich komme nur noch zu den bekannten Phantasien über eine deutsche Weltpolitik. Ich weiß, daß Herr v. Marschall und der Reichskanzler nicht an diesen Phantasien theilhaftig sind. Ich werde mich gegen den Chauvinismus, der durch die letzten Jubiläumfeiern genährt worden ist und der von dem 80 Millionen-Reiche einseitig die Schwärze herabwirft. Herr Brandt der Bismarck-Führer, verlangt für dieses 80 Millionen-Reich eine fremde auswärtige Politik. Wenn heute eine Nation als Weltbeherrschin auftreten wollte, diese Weltbeherrschung, dieses Programm würde ihr übel bekommen. Die Deutschen in Amerika würden sich gegen die Vermischung Deutschlands verwahren und mit den Deutschen in der Schweiz werden wir uns direct verfeinden. (Sehr richtig links.) Nicht Brandt hat auch nicht das Prinzip der Nichtvermischung hochgehalten. In keinem Organ ist erst jüngst darauf hingewiesen worden, daß Deutschland gar keine Verantwortung habe sich selbst erzuzuschicken, wenn irgendwo in Europa etwas los ist. Diejenigen, die aber den Chauvinismus betreiben und sich hier in Deutschland zum Jochen schmecken lassen, sind somit die eifrigsten Anhänger des Jochens. So wollen die Welt zur Engländer bringen, es sind diejenigen, die auch im Innern nicht der Staatsfreiheit zurücktreten werden, die immer rufen: „Es muß etwas geschehen.“ Die Weltzug im Volke für die Weltpolitik und die dazu gehörige Weltbeherrschung hat gar keine selbständige Bedeutung. Die Sammlung von freiwilligen Beiträgen zur die Unterstützung der Weltzug ist die äußerste Unethik anheimgefallen. Ich habe aber auch keine Verantwortung zur Verneuerung der Parteimittel der deutschen Interessen zu schämen. Graf Caprivi sagte noch im Jahre 1894: Es handelt sich nur um die Erhaltung der Welt, um die Welt zu behalten, um den Ueberflut unbrauchbar gewordenen Weltzug. Der Weltzug ist nicht man, jeder doch

abgekommen zu sein. Ueber diese Wandlung in der Marinepolitik, die uns beunruhigt, werden wir uns demnächst noch näher unterhalten. Die alten Pläne sind ja noch nicht ausgeführt, hundert Millionen sind ja noch auszubauen. Jetzt kommt, daß weitere Umbildungen, wo der Militär-Etat von Jahr zu Jahr wächst, wo andere Bedürfnisse sich in steigendem Maße geltend machen: die Erhöhung der Beamtengehälter, die Reform der Post- und Eisenbahntarife, die Reform des Medicinalwesens, alles das muß unterbleiben, weil die Geldmittel fehlen. Die Mittel aus der Contertrierung brauchen wir nothwendig für diese Zwecke. Dabei beschränkt man sich für Flottenpläne gerade da am leibhaftigsten, wo man andererseits die überseeischen Interessen durch eine Wirtschaftspolitik engherziger Art gefährdet. Aufgabe der Volksherrichtung ist es, dem Veruche entgegenzutreten, daß auf Grund der besonderen Vorliebe des jeweiligen Nachhabers ein besonderer Zweig zu Gunsten anderer Zweige der Verwaltung bevorzugt wird. (Beifall links.)

Abg. Bebel (Soch.): Die Herren von Mantuffel und von Kardorff haben hier die Ansicht vertreten, daß eine zusammenfassende Erklärung des Reichskanzlers zu unserer auswärtigen Politik in der Transvaalfrage etwa durch den Mund des Herrn Lieder das Beste gewesen wäre; beide haben es auch abgelehnt, auf weitere Fragen der auswärtigen Politik hier einzugehen. Ich bin gegenheiliger Ansicht. Ich hoffe, daß der Reichstag noch ist das Beispiel der heutigen Debatte wiederholen wird. Das entspricht seiner Pflicht und seiner Ehre. Was an uns liegt, wird geschehen, um die nothwendige Erörterung unserer auswärtigen Politik häufiger herbeizuführen. Ich meine damit unsere auswärtige Politik im Allgemeinen, nicht bloß in besonderem Hinblick auf den Zwischenfall in Transvaal. Am 7. Februar hat der Staatssecretär des auswärtigen Amtes in der Budgetcommission zwar erklärt, daß eine Aenderung in der Richtung der auswärtigen Politik Deutschlands nicht eingetreten sei. Ich halte diese Auffassung nicht für richtig. Ich sehe in der That eine entscheidende Wandlung in der deutschen Politik, die von einschneidender Bedeutung für Deutschland bei künftigen europäischen Verwirrungen sein wird. Ich erkenne gern an, daß, soweit die Stellung der Regierung in Frage kommt, ihr Verhalten in der Transvaalangelegenheit durchaus correct gewesen ist. Dies gilt vor allem auch den Beirebungen des Sir Cecil Rhodes gegenüber. Die Regierung war verpflichtet und berechtigt, sich der Deutschen in Transvaal anzunehmen. Auch in der Absicht, dem deutschen Consul Truppen zur Verfügung zu stellen, liegt nichts Unrechthäßiges. Schon die geringe Zahl der Truppen, die landen sollten, beweist, daß von einer aggressiven Politik keine Rede sein kann, und daß alle gegenheiligen Behauptungen auch im englischen Glaubensbuch unrichtig sind. Andererseits mündere ich mich aber auch nicht, was sich im englischen Glaubensbuch eine solche Vermuthung findet. Die Deutschen in Pretoria haben den deutschen Kaiser in einem Telegramm direct um seine Intervention erlucht, und dies Telegramm brachte den englischen Consul dort zu dem Glauben, daß es nicht von den Deutschen, sondern von der Transvaalregierung ausgegangen sei. Aber die Sache ist damit noch nicht vollständig erledigt: etwas ruht noch im Hintergrunde, sonst wäre die Aufregung unerkärllich, die jetzt noch in England und Deutschland nachzittert und für die materiellen Interessen Deutschlands in England von verhängnißvoller Bedeutung gewesen ist; ich erinnere nur an die Weigerung englischer Kaufleute, deutsche Waaren zu beziehen, an die Entlassung deutscher Beamten und Arbeiter in England. Die Ursache ist klar, sie liegt in dem Telegramm des deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger vom 2. Januar. Wenn Jemand, der mit der ganzen Verhältnisse nicht vertraut ist, dies Telegramm liest, der muß aus seinem Wortlaut schließen, das nicht eine Hilfsleistung, sondern ein Nachbarstaat Transvaal überfallen habe. Damit ist deutlich gesagt, worauf es ankommt. Daß die Transvaalrepublik von dem geplanten Zuge gegen sie längst unterrichtet war, das geht aus den Actenstücken des Weisbuchs hervor. Der Präsident Krüger hat selbst gesagt, er habe nur gewartet, bis die Schildekrone den Kopf herausgesteckt, um ihn zu zertreten. Wie da entgegen dem völlerrechtlichen Gebrauche und dem diplomatischen Gebrauche der deutsche Kaiser sein Telegramm abenden konnte ist mir recht unverständlich. (Unruhe rechts.) Ich hätte es begriffen, wenn der Kaiser es spontan ganz für sich gehen hätte, aber in der Budgetcommission hat Herr von Marschall erklärt, daß er die volle Verantwortung für das Telegramm übernehme. Ueber das Waag der Verantwortung, das man damit übernimmt, scheint man sich schwer zu täuschen. Welche Wirkungen das Telegramm auf unsere auswärtigen Beziehungen ausgeübt hat, ist klar. Ich war in jenen Tagen aus Deutschland abwesend. Als ich in den Zeitungen das Telegramm las, sagte ich mir: das ist doch ganz ungläublich: so etwas sollte man doch nicht für möglich halten! (Unruhe rechts.) Die Wirkung des Telegramms wird die denkbar schlimmste sein. (Große Unruhe rechts.) Was würde man in Deutschland dazu gesagt haben, wenn Deutschland an Stelle Englands gewesen wäre und ein solches Telegramm wäre von dem Oberhaupt eines anderen Staates, etwa Rußlands oder Frankreichs, eingelaufen, das einen indirecten Angriff auf die deutsche Regierung enthielte. (Große Unruhe.) Das Telegramm, sage ich, wäre nicht abgegangen, wenn Rußland oder Frankreich in Frage gekommen wären. Das beweist, daß man geglaubt hat, sich England gegenüber etwas geflatten zu dürfen. (Große Unruhe rechts. Rufe: Ho! Sehr richtig b. d. Soch.) Die Engländer sind doch keine Barbaren. Englands ist ein alter Culturstaat mit so ausgebreiteten internationalen Beziehungen, daß die Bevölkerung sehr erfahren in solchen Angelegenheiten ist. Niemals wären solche Angriffe gegen Deutschland und die Person des deutschen Kaisers erfolgt, wenn man nicht in dem Telegramm einen Act der Feindseligkeit gegen England selber gesehen hätte. (Unruhe.) Ich sage mir: Wenn es Gebrauch werden sollte, daß wir in unseren auswärtigen Beziehungen über die Köpfe der Leiter unserer auswärtigen Politik derartige Kundgebungen erleben, dann sind wir keinen Augenblick sicher, daß wir nicht eines Morgens vor einer Katastrophe stehen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Es liegt viel mehr im patriotischen Interesse, im Interesse des Vaterlandes, das zu constanten, als sich mit patriotischen Phrasen über diese Erörterung hinwegzujucheln, wie es die Wehrheitsparteien thun. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Ich würde die Sache viel lieber aufheben, wenn wir nicht im Laufe des letzten Jahres etwas Lehmschicks erlebten hätten, wo auch mit einem Schläge binnen 24 Stunden die Haltung Deutschlands in der ostasiatischen Frage eine völlige Wandlung erfährt. Die Dinge sind glücklicher Weise so verlaufen, daß jetzt Niemand mehr an einen Zusammenstoß zwischen England und Deutschland glaubt. Es wäre das größte Verbrechen, wenn ein solcher Zusammenstoß zwischen diesen beiden, eng an einander angelegenen Nationen herbeigeführt würde. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die beiden Nationen dürfen nicht mit einander verfeindet werden und deshalb rathe ich auch, die Keime der Zwietracht, die in der Transvaalangelegenheit noch immer liegen, nicht künstlich groß zu züchten, wie es ein Theil anderer Presse thut und es hat meine volle Zustimmung, wenn der Staatssecretär es ausdrücklich ablehnt, sich in die inneren Angelegenheiten Transvaals einzumischen. Wir müssen die Dinge dort nüchtern betrachten. So wie sie sind, können sie auf die Dauer nicht bleiben. Es geht nicht an, daß eine Hand voll Leute in Transvaal den berechtigten Anforderungen der Urtünder befehligen Widerstand leisten. Das alte auf Viehzucht beruhende Gebilde Transvaal ist in voller Zersetzung begriffen. Die Entdeckung von Gold und Diamanten hat seine Handelsbeziehungen vollständig verändert, ein starker Strom von Einwanderern hat sich dem Lande ergossen, die das naturgemäße Bestreben haben, die selben Rechte wie die Eingebornen zu erlangen. Man darf nicht vergessen, daß in England, in Amerika und in den englischen Colo-

nien jeder Fremde nach 14-tägigem Aufenthalt im Lande ohne weiteres naturalisirt wird. Das Bestreben der Fremden in Transvaal mag eine sehr unangenehme Erscheinung für unsere Colonien sein, aber sie sollten deshalb die deutsche Politik nicht zu einem Vorgehen drängen, das sie ins Unrecht setzen würde. Müßere ich die Depeschen, die zwischen England und Deutschland in dieser Angelegenheit gewechselt worden sind, so habe ich den Eindruck, als herrsche zwischen beiden Staaten eine große Kälte, die nicht erst seit dem Transvaal-Zwischenfall vorhanden ist. Die Aufregung der gesamten englischen Bevölkerung über die Depesche des Kaisers wäre nicht in dem Maße herabgetreten, wenn nicht schon seit geraumer Zeit in den Beziehungen Englands zu Deutschland Mißstimmung eingetreten wäre. Besonders habe ich hierbei die Stellungnahme Deutschlands zu den ostasiatischen Ereignissen im Auge. Als der Krieg zwischen Japan und China ausbrach, waren die deutschen Sympathien allgemein auf der Seite Japans, dem „Preußen Allens“, wie es genannt wurde. Die deutschen Industriellen erhofften von dem Kriege die Ausschließung Chinas. Auch die auswärtige Politik Deutschlands schien sich zum Freundschaftsvertrag von Schimonoseki in diesen Bahnen der Sympathie mit dem siegreichen Jagen zu bewegen. Da kam mit einmal die Nachricht, daß Deutschland die Politik, die es bis dahin auf der Seite Englands, Oesterreichs, Amerikas und Italiens gehalten hatte, verlasse, und daß es auf die Seite Rußlands und Frankreichs trat. Dieser Frontwechsel, der innerhalb 24 Stunden erfolgte, soll durch einen Vortrag unseres früheren Gesandten in China, des Herrn v. Brandt, beim Kaiser herbeigeführt worden sein. Wie sehr unsere eigenen Organe im Auslande davon überrascht wurden, beweist folgender Fall, den ich aus bester Quelle habe. In jenen Tagen wollte unser Generalconsul in London ein Diner geben, zu dem auch die japanische Gesandtschaft eingeladen war. Da kommt von Berlin die Nachricht der vollständigen Umwandlung unserer auswärtigen Politik und das Diner muß unter Vorwand elliptisch abbestellt werden. (Rufe rechts: Klatschereien!) Sie (zur Rechten) haben am wenigsten Ursache, von Klatsch zu sprechen; ich erinnere Sie nur an den Fall des Herrn v. Koge! (Sehr richtig! bei den Sociald.) Die Hoffnung, daß Deutschland durch den Anschluß an Rußland besondere Concessionen in China erlangen würde — einen Hafen als Marinestation, Handelsvortheile, Theilnahme an der chinesischen Anleihe, hat sich nicht erfüllt. Deutschland hat nicht den allergeringsten Vortheil davon gehabt, daß es seine alten Bundesgenossen Oesterreich, Italien, England verlassen hat und auf die Seite Rußlands und Frankreichs getreten ist. Die russische Presse hat nur Jahn und Speil für die deutsche Politik gehaßt. Die alten Freunde haben wir verlassen und einen Scheinfreund dafür gewonnen. Seit Jahrhunderten verfolgt die russische Politik mit Zähigkeit und Energie ein Ziel, das ausschließlich zu einem Zusammenstoß Englands mit Westeuropa führen muß, zu einem Kampfe, in dem Deutschland um seine Existenz zu ringen haben wird. Um so unerklärlicher ist die deutsche Politik. Die Haltung unserer Regierung am Soudanen Horn und in Armenien begünstigte die russischen Interessen ebenfalls mehr als die anderen Staaten. Wir leben mit Rußland sozusagen von der Hand in den Mund, befinden uns sogar im Schlepptau Rußlands. Die Politik, wo man russische Werthe vom deutschen Markt entfernte, ist längst vorbei und nach: Woche sollen, wie ich höre, 200 Millionen Eisenbahn-Anleihe auf der Börse eingeführt werden. Je mehr aber deutsches Capital in russischen Werthen untertaucht findet, um so weniger ist Aussicht vorhanden, die Contertrierung unserer Papiere vorzunehmen. Rußland hat Erfolg erreicht und ohne ein Schuß Pulver, ohne Blutvergießen moralische Eroberungen gemacht, wie sie in den Annalen der Diplomatie unerhört sind. Was aber Rußland zu Ruh ist, das ist Deutschland niemals förderlich. Man hat über die Isolirtheit Englands gepöppet, und England ist ja in gewissen Sinne isolirt, aber ist denn Deutschland weniger isolirt? Die Intimität des Bundesvertrages ist doch wirklich nicht mehr die alte? Und woher kommt nur, frage ich, bei uns der Weltmachtthum? Wo nimmt man eine Spur Berechtigung dazu her? In der Nummer der „Hardenischen Zukunft“ vom 18. Januar 1896 finde ich die folgende Stelle:

Wir sind nicht reich und nicht ungefährt genug, um uns den Luxus der alten Kaiserreiche gestatten zu können, deren überladene Pracht heute nur noch als unthätiger und unnützer Ballast das umbrandelte Staatsgeschiff beschwert. Die Welt unserer Universalherrschaftherrschaften heute noch weniger als zur Zeit Bonapartes und gegen einen allerletzten Imperator würde sich ein Völlerbund bilden, dem der Stärke selbst machtlos unterliegen müßte. — Diese Worte unterschreibe ich vollständig. Sie sind mir aus dem Herzen geschrieben. Einige Flotten-Catholiken, die von der Weltmachtflotte absehen, sagen nur, unsere Flotte müßte mindestens so stark sein wie die russische. Aber auch das können wir nicht. Wir sind heute schon am Ende unseres Lateins angelangt. Das Volk ist nicht mehr gewillt, neue Steuerlasten auf sich zu nehmen. Wollen die Herren aber die Flotte vergrößern, so müßen sie in ihren Beutel greifen. Bisher sind 1/4 aller Steuern durch das arbeitende Volk aufgebracht worden. Dann führen Sie die Reichsrenten- und Steuerreform, die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer ein, belassen Sie einmal die Besitzenden. Wir protestiren dagegen, daß auch nur ein Nickel aus den Taschen des arbeitenden Volks genommen wird. — Was uns an materieller Macht abgeht, das müssen wir durch entsprechende Bündnisse ersetzen. Führen wir also eine Politik, die uns nicht nur gute, sondern auch leistungsfähige Bundesgenossen erhält. Leistungsfähig sind aber weder Oesterreich noch Italien, leistungsfähig ist England. Wir besitzen das beste Landheer, England verfügt über die beste Marine. England und Deutschland vereinigt, bilden eine Macht, gegen die Niemand in der Welt etwas ausrichten kann. Es wäre die verkehrte Politik uns England zu entfremden. Ich betrachte es als meine Pflicht, Ihnen meine Ansichten über unsere äußere Politik auszusprechen zu lassen. Habe ich in irgend einem Punkte geirrt, mag man mich widerlegen. Ich habe mich einmal klipp und klar ausgesprochen, damit man im Auslande weiß, wie diejenigen, die im entscheidenden Moment zuerst ihre Haut zu Markte tragen müssen, die deutschen Arbeiter, über diese Dinge denken. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. G a u m a n n (ludd. Rp.) ist ebenfalls der Meinung, daß eine Aussprache des Parlaments über die auswärtige Politik durchaus angebracht sei. Er wolle sich aber auf die Fragen der auswärtigen Politik beschränken, für welche das Weisbuch eine Unterlage bilde. Die Regierung habe mit Umsicht und Energie gehandelt, ihr sei kein Vorwurf zu machen. In dem Weisbuche reihe das Telegramm, für das der Herr Staatssecretär in der Commission ausdrücklich die Verantwortung übernommen hat. Es wäre zu wünschen, daß Herr von Marschall hier erklärt, daß er vor Abfassung schon von dem Telegramm Kenntnis gehabt, vielleicht sogar an der Abfassung mitgewirkt hat. Er sei nicht der Meinung wie Bebel, daß das Telegramm sich gegenüber England etwas herausnehmen wolle, er halte auch die Erregung in England über das Telegramm für übertrieben. Aber das alles zugegeben, sei doch eine solche alarmierende Kundgebung des ersten Repräsentanten eines mächtigen Reichs sehr wohl gezeitigt. Erregung hervorzurufen. Das auswärtige Amt hatte sich sagen sollen, daß dieses Telegramm den Vorgesetzten für die Prügel abgeben würde, die die englischen Vorgesetzten von den Buren bekommen haben. Deshalb sei die Abänderung des Telegramms mindestens überflüssig gewesen. Deutschland sei gewiß unabhängig und sei nicht mehr auf England angewiesen, als England auf Deutschland. Aber schon seiner Bundesgenossen wegen sei Deutschland verpflichtet, mit England gute Beziehungen zu erhalten. Italien sei dem Dreibund doch auch unter dem Gesichtspunkt beigetreten, daß sein Küstenschutz durch die

